

Freie Völker statt freie Märkte.

Liebe Landsleute,

nur eine Minderheit der Superreichen in Deutschland und weltweit möchte den Kapitalismus erhalten. Gegen diese Minderheit müssen wir uns durchsetzen und unsere Vision von der deutschen Volksgemeinschaft verwirklichen, in der soziale Gerechtigkeit kein leeres Versprechen ist. Es gibt viele Gründe, den Kapitalismus abzuschaffen:

Kapitalismus bedeutet Krieg!

- Das kapitalistische Ausbeutungssystem wächst wie ein böses Krebsgeschwür, es sucht nach immer neuen Absatzmärkten und Rohstoffquellen, weshalb die Kapitalisten und ihre politischen Steigbügelhalter vor allem Schwellenländern und solchen in der Dritten Welt mit militärischer Gewalt drohen – wie die USA dem erdöl- und erdgasreichen Iran seit Jahren mit Krieg drohen.

- Anstatt im eigenen Land die Millionäre ordentlich zur Kasse zu bitten und den nationalen

Reichtum auf die sozialen Unter- und Mittelschichten umzuverteilen, schonen die Imperialisten die einheimischen Superreichen und suchen statt dessen neue Ausbeutungsobjekte im Ausland. Aus diesem Grund beteiligt sich die BRD-Bundeswehr in Afghanistan an scheußlichen Kriegsverbrechen.

- Nicht nur in Afghanistan, wo Erdgas- und Erdöl-Leitungen gebaut werden, sollen „deutsche Interessen verteidigt“ werden, wie der frühere Bundesverteidigungsminister Peter Struck (SPD) behauptete. In Afghanistan und überall, wo die BRD-Imperialisten mit den USA Besatzungsterror betreiben, werden aber nur die wirtschaftlichen Interessen des deutschen und internationalen Großkapitals verteidigt. Die sozialen Interessen deutscher Arbeitnehmer werden hingegen von den Kapitalisten mit Füßen getreten.

Sozial geht nur national!

- Wir sind davon überzeugt, daß soziale Gerech-

tigkeit und die Überwindung kapitalistischer Ausbeutung nur im Ordnungsrahmen des Nationalstaates möglich sind. Der sozialrevolutionäre Nationalismus ist die einzige Alternative zu Kapitalismus und Globalisierung!

- In Europa steht die EU-Bürokratie für die Unterdrückung der europäischen Nationen. Die EU ist die Diktatur der großen Banken und Konzerne über die europäischen Völker. Deshalb fordern wir den Austritt Deutschlands aus der EU! Wir treten ein für ein Europa der Vaterländer in einem europäischen Staatenbund! Wir lehnen die EU-Zentralbank ab. Die deutsche Finanz- und Währungspolitik soll wieder Aufgabe des deutschen Nationalstaats sein!

- Weiterhin fordern wir den Austritt Deutschlands aus der NATO! Dabei handelt es sich um ein imperialistisches Bündnis, das dem internationalen Kapitalismus, dem Amerikanismus und dem Zionismus dient. Wir fordern den Abzug der BRD-Bundeswehr aus Afghanistan und anderen Ländern der Welt!



Kapitalismus bedeutet Klassenkampf von oben!

- Der Kapitalismus bedeutet in Deutschland und anderswo ständigen Klassenkampf von oben – gegen Arbeitnehmer, Erwerbslose und Kleinselbstständige. Seit den 1980er Jahren sinken in der BRD die Reallöhne. Mit der Agenda 2010 („Hartz IV“) hatte die rot-grüne Bundesregierung 2004 im Auftrag des Großkapitals den Niedriglohnsektor ausgebaut. Da das Großkapital aus Profitinteresse Arbeitsplätze ins Ausland verlagert, steigt in Deutschland die Arbeitslosigkeit. Unsere Arbeiter und Angestellten müssen immer mehr mit Billiglöhnern aus Osteuropa und Asien konkurrieren.

In der Sozialpolitik fordern wir:

- Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und die Erhöhung der Erbschaftssteuer für Millionäre in Deutschland!

- Das Verbot privatkapitalistischer Zeitarbeit in Deutschland! Leiharbeit ist doppelte Ausbeutung, zum einen beim Menschenhändler, also bei der Zeitarbeitsfirma, zum anderen in dem Unternehmen, in dem die Arbeit erfolgt.

- Die derzeitigen Zeitarbeiter und „1-Euro-Jobber“ in einen staatlichen Arbeitsdienst zu überführen. Hierzu ist der öffentliche Beschäftigungssektor auszubauen: in der Kranken- und Altenpflege, im Naturschutz, usw.

- Für alle deutsche Beschäftigten in allen Branchen einen Mindestlohn von 9 Euro pro Stunde.

- Unsere heimischen Produkte durch Schutzzölle

vor Billiglohnkonkurrenz aus dem Ausland schützen.

- Deutsche Arbeitsplätze für deutsche Arbeitnehmer! Wir fordern deshalb ein Gesetz zur Ausländerrückführung in die jeweiligen Heimatländer.

- Die Macht des internationalen Monopolkapitals zu brechen. Deshalb sind Banken, Versicherungen, Schlüsselindustrien, Betriebe der Infrastruktur und öffentlichen Daseinsvorsorge zu verstaatlichen. Die Großindustrie, Handelsketten und Aktiengesellschaften sind in Genossenschaften mit Selbstverwaltung der Arbeitnehmer umzugestalten.

**Treten Sie mit uns in Kontakt!
Unterstützen sie uns im Kampf für
eine nationale und soziale Erneuerung
Deutschlands!**



www.freies-netz-sued.net :: Tel. 09 11 - 375 60 38

V.i.S.d.P.: Simon Preisinger, Birkenstraße 21, 92696 Flossenbürg / E.i.S.